lehnen. Gestern sind es nicht bloß Arbeitslose gewesen. Wenn die Sozialdemokratie in der Marseillaise singt von dem „Unverstand der Massen", so spottet sie ihrer selber. Das Schwert des Geistes ist in der Rüstkammer der Sozialdemokratie nicht zu finden. (Zurufe rechts: Aber Ziegelsteine!) Wie steht es mit der „harmlosen Detonation", durch die gestern beinahe ein seinen Dienst versehender Schutzmann erschossen worden wäre? Schutzleute sind doch nicht abschießbar wie schußfreie Tiere! (Sehr gut!) Wo war gestern die sozialdemokratische Intelligenz, die sonst immer das große Wort führt? Der Ehrenplatz in erster Reihe ist Unbeteiligten eingeräumt worden! (Lebhaftes Bravo!) Die Führer handelten nach dem Grundsatz: Körperliche Abwesenheit ist besser als Geistesgegenwart. (Große Heiterkeit.) Wo es sich um Gefahren handelt, da haben sich die Junker immer noch in erster Reihe befunden; ahmen Sie den Junkern nach! (Lebhafter Beifall.) Mit Entrüstung weise ich darauf hin, daß Frauen und Kinder aufgefordert wurden, mit in die Versammlungen zu kommen — um als Schild gegen die Polizei zu dienen. (Tosender, andauernder Lärm bei den Sozialdemokraten. Abg. Bebel droht dem Redner mit der Faust, Abg. Stadthagen ruft andauernd: Verleumder, Gemeinheit, elender Schuft!, der Vizepräsident Kämpf bleibt mit einer Bemerkung in dem Lärm unverständlich.) Ich erwarte, daß die Behörden mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehen, dann sollen Sie sehen, daß in Preußen mit derartigen Straßendemonstrationen nichts zu machen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts, Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **Hompesch** (Zentr.) verliest eine kurze Erklärung des Inhalts: In einem Staatswesen der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Steuerpflicht muß es als ein Widerspruch erscheinen, wenn einzelne Teile der Bevölkerung durch das Wahlsystem von einer Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen sind. Dieser Widerspruch muß um so peinlicher wirken, je länger er aufrechterhalten wird. Das Zentrum erachtet darum die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als Notwendigkeit. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. **Bassermann** (natl.): Im Reiche halte seine Partei an dem bestehenden Wahlrechte fest. Der Gegenstand der vorliegenden Interpellation, das preußische Wahlrecht, sei Landessache. Deshalb lehne seine Fraktion es ab, in die einschlägigen Erwägungen ihrer Freunde im preußischen Landtage hineinzureden. Nun zu Punkt 2 der Interpellation: Die „Leipz. Volksztg." sagte neulich mit Recht, die Demonstrationen seien ein Musterbeispiel dafür, „wie Revolutionen entstehen können". Auf dem „Sozialdemokratischen Preußentage" ist vom Genossen Adler-Kiel und anderen Genossen ganz treffend dargelegt worden, welchen Gefahren man sich durch solches Hinausgehen auf die Straße aussetze. Und trotz solcher Erkenntnis zieht man jetzt auf die Straße. Wenn das geschieht, so tragen offenbar diejenigen die Verantwortung, die zu solchen Demonstrationen raten und die als Führer durch ihre Hetzreden die Leute zu so etwas verleiten. Es kann ihnen doch wohl auch nicht entgangen sein, daß unter solchen Straßendemonstrationen sich die Aussichten eines guten Vereins- und Versammlungsrechts sehr verschlechtert haben. Daß in diesem Falle die Demonstrationen planmäßig organisiert wurden, ist zweifellos, und da hätte die Polizei unverantwortlich gehandelt, wenn sie nicht ebenfalls planmäßig vorgegangen wäre, um ein Eindringen so großer Massen in die innere Stadt zu verhüten. Auch die Konsignation der Truppen kann nur unsere Billigung finden. Wir hoffen, daß auch in Zukunft bei uns alles geschehen wird, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Träger** (freis. Volksp.) erklärt, seine Freunde stünden auf dem Standpunkte, daß das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht das richtigste Wahlrecht sei, und daß das gegenwärtige preußische Wahlrecht Mängel habe, die jeder Beschreibung spotten. Redner sucht dann die Reichskompetenz in dieser Frage damit zu begründen, daß die Ausführung auch der Reichsgesetze durch einzelstaatliche Behörden geschehe, und daß, wenn in den Einzelstaaten die Fundamente der Verfassung mangelhaft seien, die Gefahr bestehe, daß die Reichsgesetze schlecht ausgeführt würden. Die Erklärung des Reichskanzlers am 10. Januar sei jedenfalls hinter allen Hoffnungen seiner Freunde weit zurückgeblieben. Nicht einmal ein einziges persönliches — Zitat habe die Erklärung enthalten. (Große Heiterkeit.) Befremdlich sei es doch, wenn der höchste Reichsbeamte, der Mann, der mit dem Reichstagswahlrechte doch sehr zufrieden sein könne, behaupte, daß dieses Reichswahlrecht dem Staatswohle widerspreche. Redner wendet sich dann gegen die Demonstrationen, mit denen nicht Anhänger für ein besseres Wahlrecht geworben, sondern verscheucht würden.

Erbprinz Hohenlohe-Langenburg (Hosp. der Reichsp.) wendet sich mit Rücksicht auf den föderativen Charakter des Reiches gegen einen Eingriff des Reiches in wichtige Rechte der Einzelstaaten und verurteilt die Straßendemonstrationen.

Abg. **Kölle** (wirtsch. Ver.) billigt mit seinen Freunden die Erklärung des Reichskanzlers in jeder Beziehung. Als Mitglied des preußischen Landtags würde er sich eine solche Einmischung des Reichstags verbitten. (Redner muß wegen einer Herzaffektion seine Rede abbrechen und tritt wankend von der Tribüne ab, was anscheinend infolge eines Mißverständnisses große, langandauernde Heiterkeit (!) hervorruft.)

Abg. **Schrader** (freis. Ver.) tritt für Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein. Auch die Sozialdemokraten würden wohl einsehen, daß die Straßendemonstrationen keinen Nutzen haben.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Ver.) teilt mit, sein Fraktionsgenosse Kölle sei herzleidend und soeben auf ärztliche Anordnung im Siechkorbe nach Hause gebracht worden.

Abg. **Payer** (Südd. Vp.) erklärt, in Süddeutschland herrsche große Entrüstung über die despektable Behandlung, die Fürst Bülow am 10. Januar dem Reichstagswahlrechte habe angedeihen lassen. Redner fordert für ganz Deutschland ungefähr gleichartige Wahlrechte. Ueber die Straßendemonstrationen urteilt er ähnlich wie Träger. Man sollte nicht mit dem Feuer spielen. Wir lehnen es ab, der an uns ergangenen Aufforderung zu folgen, und zu einer rein oppositionellen Stellungnahme zurückzukehren, weil wir die Schattenseiten einer solchen Stellung kennen gelernt haben. (Heiterkeit.) Aber wir werden für jede einzelne Entschließung, die wir demnächst zu fassen haben werden, aus diesen letzten Vorgängen eine Lehre ziehen.

Abg. **Korfanty** (Pole) erklärt, seine Freunde würden in dem Verlangen nach einem Wahlrechte noch bestärkt durch die Enteignungsvorlage in Preußen.

Abg. **Zimmermann** (Reformp.) führt aus, daß die preußische Wahlrechtsfrage nicht vor das Forum des Reichstages gehöre und verurteilt die Demonstrationen auf den Straßen.

Abg. **Wetterle** (Elsässer) rät den Sozialdemokraten, sich künftig bei solchen Anlässen immer auf Elsaß-Lothringen zu beziehen, da immer, wo das Reich zuständig sei, der Reichskanzler zu antworten gezwungen sei. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Ein Antrag Singer, die Besprechung der Interpellation morgen fortzusetzen, wird gegen Polen, Zentrum, Sozialdemokraten und einige Freisinnige abgelehnt.

Donnerstag: Scheckgesetz und andere Vorlagen.

Aus dem Reiche.

Matrikularbeiträge.

Dem Reichstage ist eine Besprechung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1908 aufzubringenden Matrikularbeiträge zugegangen. Danach haben die deutschen Staaten insgesamt fast 320 Mill. Mk. an Matrikularbeiträgen aufzubringen; das ist über 28 Millionen mehr, als im Etat für 1907 angesetzt waren. Die geplante Erhöhung der Beamtengehälter ist dabei noch nicht berücksichtigt.

Nationalliberale Anträge im Reichstage.

Dem Reichstage gingen folgende nationalliberale Resolutionen zu: 1) den Reichskanzler zu ersuchen, im Anschluß an den zu erwartenden Entwurf für die Strafprozeßordnung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der Strafvollzug einheitlich für das deutsche Reich geregelt wird; 2) den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf betreffend Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug hinsichtlich der von jugendlichen Personen begangenen Straftaten vorzulegen.

Eine offiziöse Erklärung zur Ostseefrage.

Die Nachricht von der Einleitung diplomatischer Verhandlungen zwischen den Ostseemächten hat sogleich wieder die bekannten Federn in Bewegung gesetzt, die fortdauernd bemüht sind, die internationale Stellung Deutschlands durch Aufstellung gewagter Kombinationen oder unbegründeter Verdächtigungen zu erschweren. In einer offiziösen Zuschrift der Süddeutschen Reichskorrespondenz wird dazu angeführt: Der Deutschland so vielfach unterstellte Gedanke, das Ostseebecken den Anliegerstaaten vorzubehalten und gegen andere Mächte abzuschließen, hat an keiner amtlichen deutschen Stelle bestanden und ist niemals von berufener Seite geäußert worden. Alles was man über deutsche Sondierungen bei Rußland oder an anderen Stellen im Sinne des mare clausum (d. h. die Abschließung der Ostsee) erzählt hat, ist auf Irreführung der öffentlichen Meinung berechnet. Unsere Diplomatie hat gar keinen dahin gehenden Antrag gestellt. Dasselbe gilt von der in englischen Blättern schon behandelten Nordseefrage. Wir sind aber der Einladung zu einem Gedankenaustausch zwischen den Uferstaaten bereitwillig gefolgt. Es ist ja schon öffentlich bekannt geworden, daß diese Besprechungen eine Erklärung über den Status quo zum Ziel nehmen. Der Begriff Status quo bezieht sich aber nicht auf das Ostseebecken als Meer und auf seine Ein- und Ausgänge, sondern auf den Territorialbesitz der Uferstaaten an den Rändern des Beckens . . ."

Wahlrechtsdemonstrationen.

Anläßlich der Eröffnung des braunschweigischen Landtags wurden gestern abend gegen 6 Uhr lärmende Demonstrationen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts vor dem Schlosse und dem Landschaftshause veranstaltet. Die Polizei zerstreute die Menge, die sich dann unter Johlen und Pfeifen nach dem Gewerkschaftshause begab, wo eine Versammlung stattfand.

Nach einem weiteren Telegramm kam es gestern abend am Bohlweg in Braunschweig zu einem weiteren Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei. Die Schutzleute wurden mit Flaschen und Steinen beworfen. Die Polizei nahm eine Reihe Verhaftungen vor. Eine Anzahl Personen wurden verletzt. Die lokale sozialdemokratische Parteileitung soll auf Anordnung des Berliner Zentralverbandes die Demonstration ins Werk gesetzt haben. Der Herzog verließ bereits gegen 1/2 8 Uhr das Hoftheater und begab sich ins Schloß, weil die Absicht bestand, nach Schluß des Theaters eine Kundgebung gegen den Herzog zu veranstalten. Um 10 Uhr war alles ruhig.

Zu den Berliner Straßenkrawallen.

Wegen der Zusammenrottung am Schiffbauerdamm in Berlin sind gestern mittag vier Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren, zwei Arbeiter, ein Tischler und ein Bäcker, als Rädelsführer und weil sie von dem Neubau am Schiffbauerdamm Steine auf die Schutzleute geworfen haben, wegen Aufruhrs dem Staatsanwalt vorgeführt worden. Es ist jetzt im Polizeipräsidium eine Aufruhrkommission gebildet worden, die die Personen feststellen soll, die unter Anklage zu stellen sind. Die Arbeiter von dem Bau des neuen Operettentheaters, der der Schauplatz blutiger Auftritte war, erklärten sich bei der Vernehmung sämtlich als nichtschuldig. Nur „aus Versehen" wollen sie die Schutzleute, die Demonstranten aus dem Versteck des Baues hervorholten, bei der Arbeit mit den Spaten an den Beinen getroffen haben. Es wurden aber auch Balken und Steine gegen die Beamten geschleudert. Am Reichstagsgebäude waren gestern mit Kreide hergestellte Pfeile entdeckt worden, die nach der Richtung des Schlosses zeigten. Die Pfeile wurde auf Veranlassung der Polizei entfernt. Der Straßenverkehr zeigte im übrigen keine Veränderungen gegen das gewohnte Alltagsleben.

Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.

In der gestrigen Versammlung der Vertreter fast sämtlicher Grubenverwaltungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes wurde der seit Anfang der 1830er Jahre bestehende Ausstandsversicherungsverband, dessen Vertragsperiode mit dem 1. Februar dieses Jahres abläuft, nach einigen Satzungsänderungen auf die Dauer von fünf Jahren verlängert.

Das Urteil im Prozeß Peters.

Das gestern nachmittag vom Schöffengericht in Köln verkündete Urteil in der Privatklage Dr. Peters gegen die „Kölnische Zeitung" lautet gegen den Redakteur Brüggemann auf Grund § 21 Absatz 2 des Preßgesetzes auf Freisprechung. Der Angeklagte v. Bennigsen wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, binnen vier Wochen auf Kosten des Angeklagten v. Bennigsen das Urteil in der „Kölnischen Zeitung" bekanntzumachen. In der Begründung heißt es, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß Peters in dem Brief an den Bischof Smithies geschlechtliche Motive für die Hinrichtung des Mabruk und de Jagodja zugestanden habe, mißlungen sei. Peters habe im Gegenteil das bestritten. Auf Grund der Behauptungen der Zeugen und Sachverständigen kommt das Gericht zu der Ansicht, daß geschlechtliche Motive bei den Hinrichtungen nicht erwiesen seien. Auf Grund der §§ 186 und 200 des Strafgesetzbuches sei der Angeklagte v. Bennigsen daher zu bestrafen. Der Schutz des § 193 sei ihm nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht zuzubilligen. Als strafmildernd komme jedoch in Betracht, daß v. Bennigsen nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe, deshalb sei der Angeklagte nur wegen übler Nachrede zu bestrafen. Das Gericht sei der Ueberzeugung, daß v. Bennigsen bei der Abfassung der Behauptungen von deren Wahrheit überzeugt gewesen sei. Straferschwerend komme aber immerhin die Schwere der Beleidigung in Betracht.

Eine lehrreiche Gegenüberstellung.

Ein neckischer Zufall hat es gefügt, daß die Berliner Anwaltskammer ein disziplinarisches Einschreiten gegen den wegen seiner antimilitaristischen Wühlereien verurteilten Rechtsanwalt Liebknecht fast im selben Augenblicke abgelehnt hat, als der Disziplinarrat der Pariser Advokatenkammer beschloß, den Antimilitaristen Gustav Hervé, der wegen seiner Beleidigung der Armee zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, von der Advokatenliste zu streichen. So bewertet man den Antimilitarismus im republikanischen Frankreich.

Aus dem Auslande.

Das französische Doppelspiel in Marokko.

Dem „Matin" zufolge hat der Ministerpräsident Clemenceau mehreren politischen Persönlichkeiten gegenüber bezüglich der marokkanischen Frage erklärt, dem General d'Amade sei genaue und einfache Weisung gegeben worden, nämlich in der Gegend von Cafablanca Ordnung zu schaffen. Zu diesem Zwecke habe der General völlig freie Hand erhalten. In den Häfen werde Frankreich, entsprechend dem ihm erteilten Mandate, die Ruhe aufrechterhalten und zu diesem Zwecke seine Schiffe daselbst belassen. In die inneren Streitigkeiten Marokkos werde sich Frankreich nicht einmischen. d'Amade habe den Befehl bekommen, unter keinen Umständen seine Truppen in den Dienst Abdul Aziz' zu stellen. Allerdings könne Frankreich nicht vergessen, daß der einzige, tatsächlich anerkannte Sultan Abdul Aziz sei, dessen Unterschrift sich auf der Algeciras-Akte befinde. Ebenso könne die französische Regierung nicht vergessen, daß Muley Hafid den heiligen Krieg gegen Frankreich angekündigt und Steuerfreiheit versprochen habe, wodurch die finanzielle Unordnung im Lande noch vermehrt werde, und daß er ferner die Absicht kundgegeben habe, keinen Fremden in Marokko zu dulden und keinerlei Beziehungen zu fremden Regierungen zu unterhalten, daß er also die von Marokko im Algeciras übernommenen Verpflichtungen zerreißen wolle und an alle zivilisierten Nationen eine wahre Herausforderung gerichtet habe. Das alles könne Frankreich ebensowenig vergessen, wie daß in diesem gegenwärtigen Augenblick sämtliche Mächte Abdul Aziz als den einzig gesetzmäßigen Sultan in Marokko ansehen. — Wenn General d'Amade wirklich von der französischen Regierung Befehl erhalten hat, unter keinen Umständen seine Truppen in den Dienst des abgesetzten Sultans zu stellen, so hat er diesem Befehl gröblich zuwidergehandelt, denn er hat soeben alle französischen Kräfte aufgeboten zu einem Vorstoß, der keinen anderen Zweck hatte als den, Muley Hafid zugunsten seines den Franzosen dienstbaren Bruders Abdul Aziz von Fez abzuschneiden. Was die Behauptung angeht, Abdul Aziz sei der einzige tatsächlich anerkannte Sultan, so ist auch an ihr nichts zu bewundern als die Unbefangenheit, mit der Herr Clemenceau sie zum besten gibt. Nach marokkanischem Recht ist Muley Hafid ein durchaus rechtmäßiger Sultan. Leute, die sich angeblich „nicht in innermarokkanische Angelegenheiten einmischen" wollen, müßten also dem armseligen Sultan Abdul Aziz es überlassen, sich mit Muley Hafid auseinanderzusetzen, so gut der Schwächling es kann. Die Franzosen tun aber das Gegenteil, sie brechen täglich die Algeciras-Akte aufs gröb-

---

Mittellose Mädchen.

Roman von H. Ehrhardt.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Und eine unendliche, tiefe Zärtlichkeit ließ ihn innige Liebesworte finden, die er leise in das kleine, rotglühende Ohr unter dem schwarzen Pelzmützchen raunte.

Suse hatte noch kein Wort gesprochen. Nur das Erzittern des dicht an ihn gedrängten Mädchenkörpers gab ihm Antwort auf seine Zärtlichkeiten.

Da sagte er endlich neckend:

„Nun ist's aber genug, mein Süßes, Du weinst mir ja den ganzen Aermel naß. Na, schnell, guck mich mal an."

Unter Tränen lachend folgte sie seinem Wunsche. Im Laternenschein sah er deutlich das ungläubig-glückselige Leuchten der geliebten Augen, den noch vom Weinen zuckenden roten Mund.

Rasch neigte er sich zu ihr herab und drückte einen flüchtigen Kuß auf die halbgeöffneten Lippen. Es genügte, sie beide in einen Wonnerausch zu versetzen.

„Hast Du mich denn noch lieb, Fritz?" jauchzte Suse, die erst allmählich zum Bewußtsein ihres Glückes kam, und hing sich mit beiden Armen in den seinen.

„Ich hab' Dich sehr, sehr lieb, Suse!" bestätigte er ernst.

Sie verschluckte die Frage, die unwillkürlich in ihr aufstieg, warum er sie dann damals im Stich gelassen habe, wenn er ihr sogar heut noch gut sei.

Sie hatte ein schlechtes Gewissen in diesem Punkte und schob ganz gern die Erörterung darüber noch ein wenig hinaus.

So fragte sie zunächst nur:

„Wie kommst Du denn hierher, Liebster? Bist Du etwa nur auf der Durchreise?"

Er schüttelte glücklich lachend den Kopf.

„Nein, so bald wirst Du mich nicht wieder los, Liebling, ich bin auf drei Jahre zur Kriegsakademie kommandiert."

Sie schlug in hellem Jubel die Hände zusammen.

„Ach, Fritz, wie mich das für Dich freut. Es war ja schon damals Dein Wunsch."

Die Erinnerung an die Vergangenheit warf einen leichten Schatten über beide hin, den sie vergebens bekämpften.

„Ich muß jetzt nach Haus!" flüsterte Suse befangen, „hier ist meine Tür."

Er hielt sie am Arme fest.

„Bleib noch! Wir haben uns ja noch so viel zu sagen, so vieles aufzuklären — Suse, ich war mal sehr böse auf Dich und sehr unglücklich —"

„Ich werd' Dir schreiben!" stotterte das verwirrte Mädchen, von jäher Angst befallen, „sag mir Deine Adresse — ich kann jetzt nicht länger bleiben, Ruth ist so streng, sie rechnet mir genau die Zeit nach, in der ich zu Hause sein muß. Und da ich ihr doch nicht sagen darf —" setzte sie in halber Frage hinzu

Er runzelte flüchtig die Brauen.

„Nein, sage noch nichts, Suse, erst müssen wir beiden uns völlig ausgesprochen haben. Wann und wo treff' ich Dich wieder, Lieb?"

Eine tiefe Betrübnis huschte über ihre beweglichen Züge.

„Das wird schwer halten, ich weiß wirklich nicht —"

„Wo kamst Du denn heut her?"

„Ich gebe Klavierstunden", sagte sie leise, „es geht uns sehr schlecht, Fritz, seit auch Mama tot ist."

Er biß sich auf die Lippen. Seine Nasenflügel zuckten in verhaltenem Schmerz.

„Mein armes Kleines!"

Er war neben ihr in den matterhellten Hausflur getreten und legte nun zärtlich den Arm um ihre junge Schultern.

„Komm, laß Dir den traurigen Zug um den Mund fortküssen — mir ist's auch nicht gut ergangen, ich erzähl' Dir davon das nächste Mal —"

Er küßte immer wieder den rosigen Mund, der sich ihm willig darbot, und als sie sich endlich trennten, hatte er ihr das Versprechen abgeschmeichelt, daß sie nächsten Mittwoch ihre Klavierstunde um 2 Uhr absagen und ihn an der Ecke der Potsdamerstraße treffen wolle.

* * *

Suse Meridies verlebte die folgenden Tage wie im Rausch. Der schäumende Becher ihres Glücks lief beständig über, was sich in plötzlichen Zärtlichkeitsausbrüchen gegen die ältere Schwester und in tollen Neckereien der beiden Brüder offenbarte.

Sie sprach wieder sehr viel von dem Glück, das sie sich doch noch erzwingen werde, und trug eine Zuversicht und einen Uebermut zur Schau, der Ruth förmlich beängstigte. Am Montag erklärte sie, früh direkt von der Klavierstunde aus Tante Hertzberg einen Besuch abstatten zu wollen, schlüpfte zu diesem Zweck in ihren ältesten Rock und die abgetragene Winterjacke, stülpte die stark mitgenommene Pelzmütze auf das Blondhaar und machte sich in diesem schäbigen Aufzuge triumphierend hinter Ruths Rücken davon.

Als sie nach drei Stunden (die Geschwister saßen schon beim Mittagsbrot) zurückkehrte, führte sie einen wahren Indianer-Freudentanz auf, dem endlich die Mitteilung folgte, daß Tante Hertzberg ihr als vorzeitiges Weihnachtsgeschenk heut ein vollständiges Kostüm, Rock, Bluse und Jacke gespendet und daß sie selbst sich aus eigenen Mitteln einen neuen Hut dazu gekauft habe.

„Na, es war höchste Zeit!" warf Heinz spöttisch lächelnd ein, „hab' Dich man nicht so — die Olle merkt so was ja gar nicht an ihrem Geldbeutel — sie wird sich wohl nicht zu arg angestrengt haben."

„Schweig!" schrie Ruth empört auf, „Du bist noch viel zu jung, um in solchem Tone von einer alten Frau zu reden, die uns nur Gutes und Liebes erwiesen hat — im übrigen müßte es unser Stolz verbieten, daß wir bei gesunden Gliedern zu anderen Leuten betteln gehen, mögen die's auch tausendmal im Ueberfluß haben."

Während Heinz von der Schroffheit ihres Auftretens momentan eingeschüchtert schwieg, brauste Suse auf:

„Ich habe gar nicht gebettelt. Tante hat mich gebeten, eine Besorgung mit ihr zu machen und im Laden hat sie dann ein Kleid für mich verlangt. Sollte ich da vielleicht vor allen Leuten erklären, ich brauche keins oder ich ließe mir keins schenken? — Nee, is nicht, um den Hals bin ich ihr gefallen und hab' sie halb totgeküßt. Aber da klingelt's, das ist sicher der Bote aus dem Geschäft."

Wie ein Sturmwind fegte sie aus der Tür und kam gleich darauf strahlend mit ihren Schätzen zurück. Ruth stand machtlos vor der vollendeten Tatsache — sie sagte kein Wort mehr. In diesem Punkte kämpfte sie vergebens, das wurde ihr sündlich klarer, sie mußte sich zufrieden geben, daß Suse wenigstens ihre Klavierstunden ernst nahm und zur Zufriedenheit der verschiedenen Eltern ausführte.

Fortsetzung folgt.

SLUB
Wir führen Wissen.